

Claudia Buess-Willi

Cunzstr. 24 • 9016 St. Gallen • Tel. 071 288 15 43 • buess-willi@hispeed.ch

St. Gallen, den 5. Dezember 2008

Stadtkanzlei St.Gallen
Rathaus
9001 St. Gallen

Krügerstrasse: Wunden der Apartheid noch offen

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte

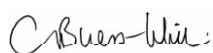
Sie haben mit der Umbenennung der Krügerstrasse einen ersten Schritt getan, das fürchterliche Unrecht der Apartheid anzuerkennen. Leider ist die Begründung zur Umbenennung in der Beantwortung der entsprechenden Einfachen Anfrage Nr. 4748 etwas mager ausgefallen. Mir scheint, der Stadtrat wollte dieses unangenehme Thema so einfach wie schnell loswerden. Aber ein böser Fleck lässt sich nicht ohne Wasser und Seife aus der Wäsche beseitigen.

Anstatt sich historischen Fakten zu stellen und im Namen unserer Stadt Mitverantwortung zu übernehmen, haben Sie sich auf die Umbenennung der Krügerstrasse beschränkt. Keinen Platz hatte es in der Beantwortung der einfachen Anfrage für klare, unzweideutige Aussagen. Paul Krüger mag ein «großer Naturliebhaber» gewesen sein. Er war aber eben auch Rassist. Das ist keine «Denunzierung», wie es Ihr Gremium sieht, sondern eine historisch belegte Tatsache. Diese anzuerkennen sollte so schwierig nicht sein.

Die Wunden der Apartheid sind noch nicht verheilt. Das südafrikanische Volk leidet nach wie vor unter der Schuldenlast aus der Zeit des völkerrechtswidrigen Regimes. Weder die Apartheidprofiteure in Südafrika sind dafür zur Rechenschaft gezogen worden, noch deren Komplizen aus dem Ausland, unter anderem auch aus der Schweiz. Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Anerkennt der Stadtrat, dass die damals im Stadtrat und Stadtparlament vertretenen bürgerlichen Parteien bis weit in die 1980er-Jahre hinein das Apartheid-Regime unterstützt haben? Ein Regime, das schon 1973 von der UNO für «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» gebrandmarkt wurde. (Siehe Schlussbericht NFP 42+, Georg Kreis, Die Schweiz und Südafrika 1948-1994, Bern 2005.)
- 2) Zurzeit stehen vor einem New Yorker Gericht verschiedene Schweizer Firmen unter Anklage, Beihilfe zum Verbrechen der Apartheid geleistet zu haben. Darunter UBS, CS, Holcim, EMS-Chemie, Nestlé, Sulzer, Schindler, Novartis oder Oehrlikon Contraves. Geht der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten spätestens nach einer rechtsgültigen Verurteilung auf Distanz zu diesen Unternehmen?
- 3) Aus Fehlern gilt es zu lernen. Verschiedene Amerikanische Städte und Bundesstaaten wie Chicago, San Francisco, Philadelphia, Detroit oder Kalifornien haben Reglemente erlassen. Diese verpflichten Firmen mit Geschäftsbeziehungen zu staatlichen Institutionen darauf, Verbindungen zu Menschenrechtsverletzungen offen zu legen. Ist der Stadtrat bereit, ein solches Reglement auch für unsere Stadt in Betracht zu ziehen?

Besten Dank und freundliche Grüsse



Claudia Buess-Willi